

Die Skandal-Kultur im Autoland

Was den USA der Ehebruch, ist den Deutschen die private Dienstwagen-Fahrt

VON HANS-PETER KASTENHUBER

NÜRNBERG – Wenn sich irgendwann mal jemand die Arbeit machen sollte, eine internationale Kulturgeschichte des politischen Skandals zu schreiben, hat der Fall des im Spanien-Urlaub gestohlenen Dienstwagens von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt beste Chancen, die Besonderheiten des deutschen Affären-Wesens zu illustrieren. Völlig unabhängig davon, ob diesem „Skandal“ wirklich ein Missstand beziehungsweise ein Fehlverhalten zugrunde liegt, weist er die entscheidenden Zutaten für einen deutschen Aufreger auf. Es geht um einen geldwerten Vorteil, um ein Statussymbol, um ein Auto.

In vielen anderen Staaten der Welt wäre das alles andere als der Nährstoff für öffentliche Empörung. „In den USA beispielsweise haben politische Skandale im weitesten Sinn meist etwas mit Sex zu tun“, sagt der Mainzer Publizistik-Professor Hans Mathias Kepplinger. „In Deutschland muss es dagegen im weitesten Sinn um Geld gehen.“ Enthüllungen über einen 16 Jahre zurückliegenden Ehebruch, wie sie einst den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Bob Dole in Bedrängnis gebracht hatten, taugten im deutschen Wahlkampf nicht als Kampagnen-Munition. Und bekanntgewordene private Dienstwagen-Fahrten würden wiederum in Amerika niemanden in seiner Wahlentscheidung beeinflussen.

Von unterschiedlichen „Skandal-Kulturen“ spricht Kepplinger, der sich seit längerem wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigt. Ein schönes Beispiel hat der Mainzer Hochschullehrer noch parat, um die landestypischen Wahrnehmungsdifferenzen deutlich zu machen. Die Deutschen hätten sich beim Skandal um Lustreisen von VW-Betriebsräten zu brasilianischen Prostituierten über die Tatsache erregt, dass das Unternehmen diese Reisen bezahlte. „In den USA hätte man sich darüber aufgeregt, dass Ehefrauen betrogen wurden.“

Obwohl inzwischen von verschiedenen Stellen der Bundesregierung immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass die private Nutzung des Minister-Dienstwagens ausdrücklich in den „Richtlinien für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen in der Bundesverwaltung“ erlaubt und von den



Er spiegelt in Deutschland vor allem den Status einer Person wider: der Dienstwagen. Hier eine Limousine des Bundestags-Fahrdienstes vor dem Berliner Reichstag. Foto: dpa

Betroffenen diese Privatnutzung vor-schriftsmäßig versteuert wird, kostete Ulla Schmidts Spanien-Reise die ohnehin schwächelnde SPD ganz offenkundig weitere Sympathien. Laut Forsa-Umfrage sind die Sozialdemokraten auf den neuen Tiefstand von 20 Prozent abgesunken. Und auch wenn mehrere Kabinettskollegen freimütig eingeräumt haben, ebenfalls mit Dienstwagen in Urlaub gefahren zu sein, wird allein Ulla Schmidt den Makel eines damit verbundenen „Skandals“ nicht mehr abschütteln können.

Wichtigstes Statussymbol

Ein Großteil der deutschen Öffentlichkeit bleibt dabei: Da hat eine ihre Position ausgenutzt und sich einen geldwerten Vorteil verschafft. Missgunst löst schließlich schon allein der Umstand aus, dass Politiker, die dienstlich oft weit mehr als 100000 Kilometer im Jahr unterwegs sind, diese Reisen in dicken Karossen absolvieren. Im Autoland Deutschland ist das Statussymbol Nummer eins selbstverständlich das Auto. Personalchefs, die Dienstwagen anbieten können, dürfen beim Gehalt gern ein bisschen knausern. Aber gerecht muss es zugehen. Wehe, ein Kollege aus der gleichen Hierarchie-Ebene darf einen größeren Wagen fahren.

Dass es – unabhängig vom Thema Dienstauto – bei deutschen Politik-Skandalen in aller Regel immer um

geldwerte Vorteile geht, hat nach Überzeugung Hans Mathias Kepplingers viel mit der jüngeren Geschichte des Landes zu tun. „Manche Menschen haben zweimal alles verloren und mussten für ihren Wohlstand danach sehr hart arbeiten. Da wird jeder, der im Verdacht steht, sich unrechtmäßig einen Vorteil verschafft zu haben, als Verräter betrachtet.“ Auch wenn es um „vernachlässigbare Beträge“ geht. Die Geschichte von der kleinen persönlichen Bereicherung taugt auch deshalb oft besser zum Skandal als politische Fehlleistungen, die den Steuerzahler Milliarden kosten, weil sie weniger kompliziert ist. Das macht es den Medien leichter und dem Publikum.

Apropos Medien: Kepplinger hat bei seinen Untersuchungen nicht nur herausgefunden, dass sich seit den 50er, 60er Jahren die Zahl der öffentlichen Skandale – unabhängig davon, ob sie auf einem tatsächlichen Missstand beruhten oder nicht – verzehnfach bis verzwanzigfach hat. In einer größeren Studie ist er auch der Frage nachgegangen, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Missstände mehr oder weniger häufig zum Skandal führen. Ergebnis: Die Kirchen müssen diese öffentliche Aufarbeitung sehr oft aushalten. Die Medien hingegen skandalisierten ihre eigenen Missstände eher selten. Kepplinger: „Da ist offenkundig Selbstschutz im Spiel.“